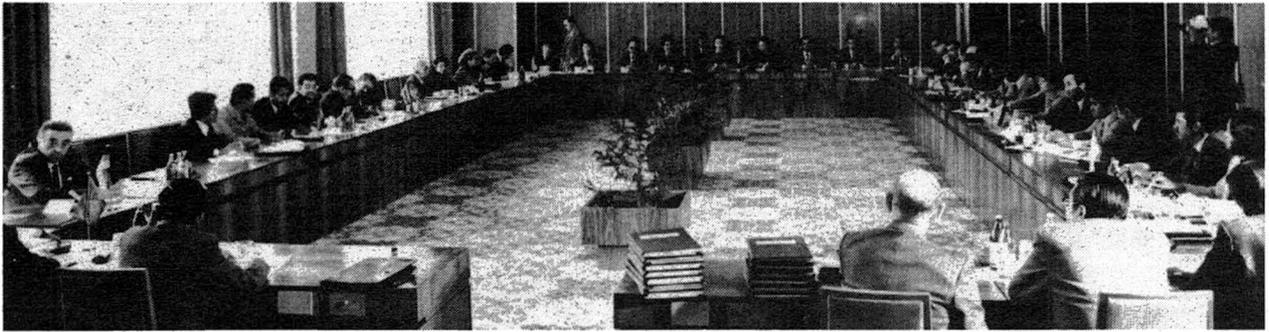


Unser aktuelles Interview



VII. Konferenz der Justizminister sozialistischer Staaten

Vom 23. bis 25. September 1982 fand in der Hauptstadt der Mongolischen Volksrepublik, Ulan-Bator, die VII. Konferenz der Justizminister sozialistischer Bruderländer statt. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister der Justiz, Hans-Joachim Heusinger, gewährte uns hierzu folgendes Interview.

Herr Minister, welches Anliegen verfolgen die Zusammenkünfte der Justizminister sozialistischer Länder, und was war spezieller Beratungsgegenstand in Ulan-Bator?

Das Recht spielt in allen sozialistischen Staaten beim Aufbau und Schutz der sozialistischen Ordnung sowie bei der weiteren Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse eine bedeutende, ja eine wachsende Rolle. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten, aber auch zu beachtende Besonderheiten. Es hat sich als außerordentlich nützlich erwiesen, in Abständen — unabhängig von den bilateralen Beziehungen zwischen den einzelnen Justizministerien — auf Ministerebene zu Erfahrungsaustauschen zusammenzutreffen. Für die Anziehungskraft der Zusammenkünfte, die sich zugleich als eine wichtige Form solidarischer Zusammenarbeit bewähren, spricht die Tatsache, daß in Ulan-Bator neben den Justizministern europäischer sozialistischer Staaten auch die Minister der Republik Kuba, der Sozialistischen Republik Vietnam sowie solcher jungen Nationalstaaten wie der Volksrepublik Kampuchea, der Volksdemokratischen Republik Laos, der Demokratischen Republik Afghanistan und der Volksrepublik Angola vertreten waren.

Auf der Tagesordnung der VII. Konferenz stand zunächst ein Informationsaustausch über aktuelle justizpolitische Aufgaben in den jeweiligen Ländern. In einem zweiten Punkt erfolgte ein umfassender Meinungsaustausch über die Entwicklung von Formen der Teilnahme der Öffentlichkeit an der Verhütung von Rechtsverletzungen.

Natürlich spielten auf der Konferenz die Grundfragen unserer Zeit, der Kampf zur Erhaltung des Friedens und die konsequente Auseinandersetzung mit den aggressiven imperialistischen Kräften eine erstrangige Rolle.

Worin sehen Sie die wesentlichsten Ergebnisse der Beratung?

Bei der Erörterung von Grundfragen des Rechts trafen die Justizminister die Feststellung, daß unter den Bedingungen der krassen Verschärfung der Weltlage die aktuellste Aufgabe der Gegenwart in der Erhaltung und Festigung des Friedens sowie in der strikten Erfüllung internationaler Verträge und Abkommen besteht. Die Delegationen sprachen sich einmütig für die Unterstützung des vom XXVI. Parteitag der KPdSU verkündeten Friedensprogramms sowie der neuen Initiativen der Sowjetunion auf diesem Gebiet aus und begrüßten dazu vor allem die Erklärung über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen. Die Teilnehmer der Konferenz verurteilten ent-

schieden die grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten, den Verstoß gegen die Normen des Völkerrechts sowie die Verletzung der Menschenrechte durch die Kräfte des Imperialismus und Hegemonismus, wie sie erst kürzlich wieder in der barbarischen Aggression Israels gegen Libanon und das arabische Volk von Palästina zum Ausdruck kam.

Die Justizminister unterstützten den Vorschlag der MVR zur Ausarbeitung und zum Abschluß einer internationalen Konvention über den gegenseitigen Nichtangriff und die Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten Asiens und des Stillen Ozeans.

Eine weitere wesentliche Feststellung — sie fand übrigens auch Eingang in das gemeinsame Kommuniqué — besteht darin, daß in den auf der Konferenz vertretenen Ländern eine umfangreiche Arbeit zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, zur Vervollkommnung der rechtlichen Regelungen der Wirtschaftstätigkeit, zur Verbesserung der Rechtserziehung der Werktätigen sowie überhaupt zur Erhöhung des Niveaus der juristischen Betreuung der Bevölkerung geleistet wird.

Der gegenseitige Erfahrungsaustausch hat gezeigt, daß die ständig engere Zusammenarbeit der beteiligten Staaten insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet objektiv auch noch engere Kontakte im Bereich von Recht und Justiz erfordern.

Die einzelnen Delegationen brachten zum Ausdruck, daß sie die sich ständig erweiternde Teilnahme der Werktätigen an der Verhütung von Rechtsverletzungen als eine wesentliche Voraussetzung dafür betrachten, die sozialistische Demokratie weiter zu vertiefen. Es wurde festgestellt, daß sich in allen Ländern die Formen dieser Teilnahme beständig entwickeln und vervollkommen. Dieser Erfahrungsaustausch war besonders wertvoll.

Die Teilnehmer der Konferenz nahmen schließlich auch eine Information über die Ergebnisse der Vorbereitung des Entwurfs einer Konvention zur Erleichterung der Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Unterhaltssachen zur Kenntnis. Sie sprachen sich für die Fortführung dieser Arbeit aus.

Auswertbare Anregungen gab es auch unmittelbar für unsere Delegation. Sie beziehen sich vor allem auf die weitere Vervollkommnung der Gesetzgebungsplanung, auf die Leitung der gerichtlichen Tätigkeit und auf die Arbeit mit den Schöffen. Das bezieht sich aber auch auf Fragen der Rechtserziehung. Der Erfahrungsaustausch über die vielfältigen Formen und Methoden sowie die inhaltlichen Zielsetzungen bei der Rechtserziehung, sei es durch gezielte Auswertung gerichtlicher Verfahren, durch Rechtserziehung in den Berufsschulen oder durch wirkungsvolle Einschaltung der Massenmedien, war überaus interessant.

Ich möchte aber auch betonen, daß unsere mongolischen Gastgeber für die Arbeit der Konferenz sehr gute Bedingungen geschaffen hatten. Die Leiter der Delegationen wurden vom Mitglied des Zentralkomitees der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Vorsitzenden des Ministerrates der MVR, Shamyin Batmunch, zu einem brüderlichen (Meinungsaustausch empfangen.

Zu den Ergebnissen gehört die Versicherung aller Konferenzteilnehmer, auch weiterhin ihre Kräfte für die Festigung und Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den Justizorganen einzusetzen.